

*00 P*

**INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT**

**CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY**

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

**C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L**

50X1-HUM

COUNTRY **East Germany**

REPORT

SUBJECT **Bulletin of the State Planning Commission - No. 8 of 20 April 1959**

DATE DISTR. *10 Sept '59*

NO. PAGES **1**

REFERENCES **RD**

50X1-HUM

DATE OF INFO.  
PLACE & DATE ACQ.

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

State Planning Commission

Bulletin, issue No. 8 of 20 April 1959.

The contents of the Bulletin include the following:

- a. Resolution of 2 April 1959 concerning the improvement of work safety.
- b. Procedure for granting awards within the sphere of State Planning Commission activity.
- c. Control of visits to VEB's and similar institutions by foreign representatives or delegations.
- d. Regulation concerning the ensuring of production planned from waste materials in locally administered plants.
- e. Controls over the taking of annual leave at plants and institutions.
- f. Order of 23 December 1958 establishing the VEB Hydraulische Gerate Tarthun.

*Please evaluate*  
~~PA~~  
~~PE~~  
~~YB~~  
~~YD~~  
~~YF~~  
~~YG~~  
~~YH~~  
~~YI~~  
~~YJ~~  
~~YK~~  
~~YL~~  
~~YM~~  
~~YN~~  
~~YO~~  
~~YP~~  
~~YQ~~  
~~YR~~  
~~YS~~  
~~YT~~  
~~YU~~  
~~YV~~  
~~YW~~  
~~YX~~  
~~YY~~  
~~YZ~~

50X1-HUM

50X1-HUM

*LY/S*  
*LT*

**C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L**

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	AEC	ORR Ev	<input checked="" type="checkbox"/>
-------	--	--	---	---	-----	--------	-------------------------------------

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

**INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT**

50X1-HUM

**Page Denied**

# Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission

1959

Berlin, den 20. April 1959

Nr. 8

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite	Seite
<b>I. Beschlüsse der Staatlichen Plankommission</b>		
1. Beschluß der Staatlichen Plankommission vom 2. 4. 1959 über die Festlegung der Verantwortlichkeit zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes .....	1	
<b>II. Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission</b>		
1. Verfügung vom 31. 3. 1959 über das Verfahren bei der Verleihung staatlicher Auszeichnungen im Bereich der Staatlichen Plankommission .....	3	
2. Verfügung vom 9. 4. 1959 über den Besuch volkseigener Betriebe und sonstiger Institutionen durch ausländische Vertreter oder Delegationen .....	4	
3. Verfügung vom 25. 3. 1959 über die Sicherung der planmäßigen Produktion in örtlich-		
		geleiteten Betrieben aus Produktionsabfällen bzw. Abfallmaterial .....
		4
		<b>4. Mitteilung vom 8. 4. 1959 über die Planung und Kontrolle des Jahresurlaubs in den sozialistischen Betrieben und Einrichtungen</b> .....
		1
		<b>III. Anweisungen über die Gründung, Zusammenlegung (Angliederung) und Auflösung von volkseigenen Betrieben</b>
		1. Anweisung vom 23. 12. 1958 zur Gründung des VEB Hydraulische Geräte Tarthun .....
		5
		<b>IV. Verschiedenes</b>
		1. Mitteilung der Technischen Bergbauinspektion der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. 1. 1959 über die Zulassung von Zündkreisprüfern (Ohnmeter) .....
		5
		2. Mitteilung der Technischen Bergbauinspektion der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. 1. 1959 über die Zulassung einer Sprengschnur .....
		6

### I. Beschlüsse der Staatlichen Plankommission

*Beschluß der Staatlichen Plankommission vom 2. 4. 1959 über die Festlegung der Verantwortlichkeit zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes.*

Nachstehend wird der vorgenannte Beschluß der Staatlichen Plankommission bekanntgemacht.

Duscheck  
Sekretär  
der Staatlichen Plankommission

### Beschluß über die Festlegung der Verantwortlichkeit zur Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes

#### I. Verantwortlichkeit der Betriebe

1. Alle Werkleiter und Leiter von Verwaltungen tragen persönlich die volle Verantwortung für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes. Sie haben dafür zu sorgen, daß die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, daß für die Sicherung und Erhaltung der Arbeitskraft der Werktätigen ständige Sorge getragen ist.
2. Alle von den Werkleitern mit der Leitung und Aufsicht der Produktion, der Produktionseinrich-

tungen und der Beschäftigten beauftragten Personen, wie Abteilungsleiter, Werkmeister, Ingenieure, Techniker u. a., müssen mit allen einschlägigen Arbeitsschutzanordnungen vertraut sein. Sie sind in ihren Arbeitsbereichen persönlich für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes verantwortlich.

3. Die Werkleiter haben dafür Sorge zu tragen, daß diese verantwortlichen Personen ihr Wesen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes ständig vertiefen und vervollkommen.
4. Die Meister bzw. Abteilungsleiter sind verpflichtet, ständig gemeinsam mit den Arbeitern die Ursachen für Betriebsunfälle zu beseitigen und jeden eingetretenen Betriebsunfall innerhalb von 24 Stunden auf seine Ursachen hin zu untersuchen und Maßnahmen zur Vermeidung ähnlicher oder ähnlicher Unfälle festzulegen. Die Meister bzw. Abteilungsleiter in den Betrieben sind verpflichtet, schriftliche Arbeitsstrukturen auf der Grundlage der geltenden Arbeitsschutzanordnungen für ihren Bereich auszuarbeiten. Sie haben regelmäßig Arbeitssicherungen und -unterweisungen für alle Beschäftigten ihres Bereiches durchzuführen.
5. Die Werkleiter haben dafür zu sorgen, daß bei der Ausarbeitung der Volkswirtschaftsplane und

von Maßnahmenplänen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Verbesserung des technisch-organisatorischen Zustandes des Betriebes und zur Beseitigung der Mängel in der Arbeitsorganisation auch die Fragen des Arbeitsschutzes und der Sicherheitstechnik entsprechende Berücksichtigung finden.

6. In allen Meisterbereichen sind Mängelbücher obligatorisch einzuführen. In diese Bücher sind aufgetretene Mängel und die Vorschläge der Arbeiter zu ihrer Beseitigung einzutragen. Die Vorschläge der Arbeiter zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sind ohne Verzögerung auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen. Gute Vorschläge sind kurzfristig zu realisieren.
7. In den Beratungen der Werkleitungen ist regelmäßig zu den Unfallanalysen, zur Erfüllung der Verpflichtungen im Betriebskollektivvertrag und zu den Unfallursachen Stellung zu nehmen. Es sind Maßnahmen in Übereinstimmung mit der Betriebsgewerkschaftsleitung zur weiteren Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu treffen.

Leitende Mitarbeiter des Betriebes, die ihren Verpflichtungen im Betriebskollektivvertrag zur Verbesserung des Arbeitsschutzes nicht nachkommen, oder die die gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes nicht beachten, sind zur Verantwortung zu ziehen, gegebenenfalls ist die Quartalsprämie zu kürzen oder zu streichen.

8. Die Verantwortung übergeordneter Organe (z. B. Vereinigungen Volkseigener Betriebe, Rat des Bezirkes) für die Lösung und Koordinierung grundsätzlicher Fragen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes entbindet die Werkleiter nicht von der vollen persönlichen Verantwortung für die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes in ihrem Betrieb.

## II. Verantwortlichkeit der Vereinigungen Volkseigener Betriebe

- Die Hauptdirektoren der Vereinigungen Volkseigener Betriebe sind entsprechend dem Gesetz vom 11. Februar 1958 über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates (GBl. I, S. 117) für alle grundsätzlichen Fragen des Arbeitsschutzes ihres Wirtschaftsbereiches verantwortlich.
- Sie haben dafür zu sorgen, daß die Sicherheitsinspektoren bzw. -beauftragten der ihnen unterstellten Betriebe und Einrichtungen systematisch angeleitet und kontrolliert werden und daß ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch durchgeführt wird. Entsprechend der Verordnung vom 22. 12. 1955 über die Bildung von Inspektionen für Arbeitsschutz und technische Sicherheit (GBl. I, 1956, S. 9) sind in den VVB Inspektionen für Arbeitsschutz und technische Sicherheit zu bilden bzw. sind Sicherheitsinspektoren oder -beauftragte einzusetzen.
- In den Werkleitertagungen ist regelmäßig die Entwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, das Unfallgeschehen, der Krankenstand und die Überstundenentwicklung auszuwerten. Es sind Berichte einzelner Werkleiter entgegenzunehmen und in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes festzulegen. Werkleiter, die ihren Ver-

pflichtungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes nicht nachkommen, sind durch die VVB zur Verantwortung zu ziehen, ihnen ist gegebenenfalls die Prämie zu kürzen bzw. zu streichen.

4. Bei der Ausarbeitung der Vorschläge für den Volkswirtschaftsplan ist dafür Sorge zu tragen, daß alle erforderlichen Maßnahmen (Investitionen, Werterhaltung usw.) zur weiteren Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den Plänen enthalten sind.

Sie haben die Ausarbeitung und Durchführung der entsprechend dem Beschluß des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB vom 31. Januar 1958 auszuarbeitenden Perspektivpläne für die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes durch die Betriebe zu kontrollieren.

5. Sie haben ferner die Aufgabe, die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes durch die Werkleitungen zu kontrollieren, die für ihren Wirtschaftsbereich erforderlichen Arbeitsschutzanordnungen auszuarbeiten bzw. bestehende zu ergänzen. Sie sind verpflichtet, diese Arbeitsschutzanordnungen mit den Leitungen der gleichgearteten örtlichen oder bezirklichen Wirtschaftsbereiche und den Gewerkschaften abzustimmen.

## III. Verantwortlichkeit der örtlichen Organe

- Die Räte der Bezirke, insbesondere die Wirtschaftsräte, und die Räte der Kreise sind entsprechend dem Gesetz vom 11. Februar 1958 für die Fragen des Arbeitsschutzes in ihrem Bereich verantwortlich. Sie haben die ihnen unterstellten Betriebe und Einrichtungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes anzuleiten, die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen durch die Werkleiter zu kontrollieren, regelmäßig die Entwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, das Unfallgeschehen, den Krankenstand und die Überstundenentwicklung auszuwerten und Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften zu treffen.
- Im Rahmen der Aufgaben, die sie bezüglich der Sicherung der komplexen Entwicklung ihres Gebietes zu erfüllen haben, nehmen sie auch auf die Entwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den zentralgeleiteten Betrieben Einfluß.

## IV. Verantwortlichkeit der zentralen staatlichen Organe

- a) Die Minister, Staatssekretäre m.e.G. und Leiter der übrigen zentralen Organe und Einrichtungen der staatlichen Verwaltung sind in ihrem Bereich für die ständige Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie die Vorbereitung und Durchführung aller Maßnahmen, die der Arbeitssicherheit und der Gesundheit der Werktätigen im Arbeitsprozeß dienen, verantwortlich. Sie haben dafür zu sorgen, daß bei der Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne die Fragen des Arbeitsschutzes entsprechende Berücksichtigung finden.
- b) In den zentralen staatlichen Organen ist regelmäßig die Entwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, das Unfallgeschehen, der Krankenstand und die Überstundenentwicklung auszuwerten und in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften sind Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes festzulegen. Die Inspektoren der

unterstellten Betriebe und Einrichtungen sind regelmäßig anzuleiten und in ihrer Tätigkeit zu kontrollieren; mit ihnen ist ein systematischer Erfahrungsaustausch durchzuführen.

- c) Sie haben dafür Sorge zu tragen, daß die grundsätzlichen Fragen auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes mit den Leitungen der gleichartigen Wirtschaftszweige der örtlichen und bezirklichen Ebene koordiniert und abgestimmt werden.
- d) Sie sind verantwortlich für die Ergänzung, die Ausarbeitung und den Erlaß neuer Arbeitsschutzanordnungen, die für ihren Wirtschaftszweig zutreffen.
2. a) Die Leiter der Fachabteilungen der Staatlichen Plankommission haben dafür zu sorgen, daß bei der Ausarbeitung der Volkswirtschafts- und Perspektivpläne, bei der Ausarbeitung der Direktiven sowie bei der Anleitung und Kontrolle der Vereinigungen Volkseigener Betriebe die Fragen des Arbeitsschutzes die entsprechende Berücksichtigung finden. Die Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission haben im Rahmen ihrer operativen Tätigkeit auch die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes durch die VVB und Werkleitungen zu kontrollieren und bei festgestellten Mängeln Maßnahmen zu ihrer sofortigen Beseitigung zu veranlassen.
- b) Die Staatliche Plankommission und ihre Abteilungen behandeln regelmäßig in ihren Beratungen neben den eigenen Analysen auch die Analysen der Gewerkschaften über die Entwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, des Unfallgeschehens, des Krankenstandes und der Überstunden. Sie nehmen Berichte von VVB-Hauptdirektoren bzw. Werkleitern über die Lage auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes entgegen und legen entsprechende Maßnahmen gemeinsam mit dem Bundesvorstand des FDGB bzw. den Industriegewerkschaften oder Gewerkschaften zur weiteren Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes fest.
- c) Arbeitsschutzanordnungen, die ausschließlich oder überwiegend für einen Wirtschaftszweig gelten, sind von den zuständigen Fachabteilungen der Staatlichen Plankommission in Übereinstimmung mit dem zuständigen Zentralvorstand der Industriegewerkschaft nach Abstimmung mit den örtlichen Organen auszuarbeiten und zu erlassen.
3. a) Das Komitee für Arbeit und Löhne ist als zentrales staatliches Organ für die grundsätzlichen Fragen und für die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes verantwortlich.
- b) Arbeitsschutzanordnungen, mit Ausnahme der in das Aufgabengebiet der Technischen Überwachung fallenden Arbeitsschutzanordnungen, die für alle oder mehrere Wirtschaftszweige zutreffen, sind vom Komitee für Arbeit und Löhne und dem Bundesvorstand des FDGB gemeinsam mit den für diese Wirtschaftszweige zuständigen zentralen Organen bzw. Abteilungen der Staatlichen Plankommission auszuarbeiten und vom Komitee für Arbeit und Löhne zu erlassen.

## V. Verantwortlichkeit der Gewerkschaften

Entsprechend dem Gesetz vom 11. Februar 1958 obliegt die betriebliche Arbeitsschutzkontrolle den Gewerkschaften; die Aufgaben und die Verantwortung der Arbeitsschutzinspektoren werden durch die vom Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB beschlossene Ordnung geregelt.

## II. Verfügungen und Informationen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und der Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission

### 1. Verfügung vom 31. 3. 1959 über das Verfahren bei der Verleihung staatlicher Auszeichnungen im Bereich der Staatlichen Plankommission.

Auf Grund der Verordnung vom 2. Oktober 1958 über staatliche Auszeichnungen (GBl. I, S. 771) und der Verordnung vom 22. Januar 1959 über die Bestätigung der Ordnungen über die Verleihung von staatlichen Auszeichnungen (GBl. I, S. 181) wird für das Verfahren, das bei der Verleihung staatlicher Auszeichnungen im Bereich der Staatlichen Plankommission zu beachten ist, folgendes verfügt:

#### I.

- Die Leiter der Fachabteilungen der Staatlichen Plankommission, die Vorsitzenden der Wirtschaftsräte bei den Räten der Bezirke, die Hauptdirektoren der Staatlichen Plankommission unterstellten VVB, die Leiter anderer Wirtschaftsorgane und die Werkdirektoren bzw. Werkleiter der volkseigenen Betriebe sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Leistungen der Werktätigen, insbesondere der Frauen und Jugendlichen, ständig analysiert und die Werktätigen mit hervorragenden Leistungen entsprechend den Bestimmungen der Ordnungen über die Verleihung von staatlichen Auszeichnungen für eine staatliche Auszeichnung vorgeschlagen werden.
- Die Leiter der Fachabteilungen der Staatlichen Plankommission sind verpflichtet, auch von sich aus die Leistungen der Werktätigen, Kollektive und Betriebe, die für eine staatliche Auszeichnung in Frage kommen, den gemäß den Ordnungen über die Verleihung von staatlichen Auszeichnungen Vorschlagsberechtigten mitzuteilen.

#### II.

- Der Leiter der Abteilung Koordinierung der Planung der Arbeitskräfte bereitet die Vereinbarungen zwischen der Staatlichen Plankommission und dem Bundesvorstand des FDGB für die Verleihung der Wanderfahne des Ministerrates, der Ehrentitel „Brigade der kollektiven Aktivistearbeit“, „Verdienter Aktivist“, „Verdienter Erfinder“ und „Verdienter Meister“ sowie der „Medaille für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb“ vor.
- Die Prüfung und Auswahl der Vorschläge der Staatlichen Plankommission zur Verleihung des Ehrentitels „Held der Arbeit“ erfolgt durch einen vom Leiter der Abteilung Koordinierung der Planung der Arbeitskräfte zu bildenden Ausschuß aus Vertretern aller Fachabteilungen der Staatlichen Plankommission und der zuständigen Zentralvorstände der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften.
- Die Bestätigung der Vorschläge zur Verleihung des Ehrentitels „Verdienter Erfinder“ und die Verleihung des Ehrentitels erfolgt durch den Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik.
- Die Prüfung und Auswahl der Vorschläge zur Verleihung des Ehrentitels „Verdienter Techniker des Volkes“ erfolgt durch einen vom Leiter der Abteilung Investitionen, Forschung und Technik im Ein-

vernehmen mit dem Forschungsrat der DDR zu bildenden Auszeichnungsausschuß.

5. Die Prüfung und Auswahl der Vorschläge zur Verleihung des Ehrentitels „Brigade der kollektiven Aktivistenarbeit“ erfolgt durch einen vom Leiter der Abteilung Koordinierung der Planung der Arbeitskräfte zu bildenden Auszeichnungsausschuß.
6. Die Prüfung und Auswahl der Vorschläge zur Verleihung des Ehrentitels „Verdienter Bergmann der Deutschen Demokratischen Republik“ erfolgt durch einen vom Leiter der Abteilung Kohle zu bildenden Auszeichnungsausschuß.
7. Die Bestätigung der Vorschläge zur Verleihung des Ehrentitels „Meisterhauer“ und der „Medaille für Verdienste um das Grubenrettungswesen“ sowie die Verleihung dieser Auszeichnungen erfolgt durch den Leiter der Abteilung Kohle.

### III.

Vorbildliche Leistungen von Werktätigen, Kollektiven und Betrieben sind stärker als bisher in Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie in Vorträgen, Schulungen usw. zu publizieren, zu verallgemeinern und auszuwerten.

### IV.

Im übrigen gelten die Bestimmungen der Verordnung vom 2. Oktober 1958 über staatliche Auszeichnungen (GBl. I S. 771) und der dazu erlassenen Ordnungen über die Verleihung von staatlichen Auszeichnungen.

### V.

Diese Verfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Der Vorsitzende  
der Staatlichen Plankommission  
**Leuschner**  
Stellvertreter des Vorsitzenden  
des Ministerrates

2. Verfügung vom 9. 4. 1959 über den Besuch volkseigener Betriebe und sonstiger Institutionen durch ausländische Vertreter oder Delegationen.

Zur Regelung der Zuständigkeit für die Genehmigung des Besuches volkseigener Betriebe und sonstiger Institutionen durch ausländische Vertreter oder Delegationen wird für den Bereich der Staatlichen Plankommission festgelegt:

1. Der Besuch volkeigener Betriebe oder sonstiger Institutionen durch ausländische Vertreter oder Delegationen bedarf grundsätzlich der schriftlichen Genehmigung des Leiters der zuständigen Abteilung der Staatlichen Plankommission.
2. Die Leiter der Abteilungen der Staatlichen Plankommission können dieses Recht für bestimmte Betriebe und sonstige Institutionen auf den zuständigen Sektorenleiter oder Hauptdirektor der zuständigen VVB übertragen. Dabei sind die volkseigenen Betriebe und sonstigen Institutionen, für die der zuständige Sektorenleiter bzw. Hauptdirektor der VVB das Recht zur Genehmigung von Betriebsbesuchen haben soll, im einzelnen festzulegen.

Der Vorsitzende  
der Staatlichen Plankommission  
**Leuschner**  
Stellvertreter des Vorsitzenden  
des Ministerrates

3. Verfügung vom 23. März 1959 über die Sicherung der planmäßigen Produktion in örtlichgeleiteten Betrieben aus Produktionsabfällen bzw. Abfallmaterial.

Auf Grund der Anordnung vom 7. Juni 1958 über die Ordnung der Materialwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I, S. 517) wird folgendes verfügt:

1. Soweit 1958 zentralgeleitete Betriebe regelmäßig örtlichgeleitete Betriebe mit Produktionsabfällen bzw. Abfallmaterial beliefert haben, sind diese Lieferungen 1959 mindestens mit gleichem Umfang wie im Vorjahre durchzuführen, wenn die Empfängerbetriebe diese örtlichen und inneren Reserven nachweisbar für ihre planmäßige Produktion benötigen und weiterhin die Zulieferungen wünschen.
2. Die Lieferer von Produktionsabfällen bzw. Abfallmaterial dürfen diese Materialien im eigenen Betrieb für eine zusätzliche Massenbedarfsgüter-Produktion erst dann einsetzen, wenn sie ihren Verpflichtungen gemäß Absatz 1 nachgekommen sind bzw. der für den Empfängerbetrieb zuständige Wirtschaftsrat des Bezirkes einer Einschränkung der Zulieferungen zustimmt.
3. In den Fällen, in denen sich der Anfall an Abfallmaterial, bedingt durch Konstruktionsänderungen, Sortimentsverschiebungen usw. gegenüber dem Vorjahr vermindert hat und der abgebende Betrieb die in Absatz 1 festgelegten Verpflichtungen nicht mehr in voller Höhe einhalten kann, ist der für den Empfängerbetrieb zuständige Wirtschaftsrat des Bezirkes unter Angabe einer stichhaltigen Begründung zu informieren.
4. Diese Verfügung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Der Leiter der Abt. Bilanzierung  
und Vertretung der Produktionsmittel  
**Selbmann**  
Stellvertreter des Vorsitzenden  
der Staatlichen Plankommission

4. Mitteilung vom 8. 4. 1959 über die Planung und Kontrolle des Jahresurlaubs in den sozialistischen Betrieben und Einrichtungen.

Zu Ehren des 10. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt sich unter der Führung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in den sozialistischen Betrieben und Einrichtungen eine große Masseninitiative der Werktätigen. Unter der Losung „Jeder täglich eine sozialistische Tat für den Arbeiter- und Bauern-Staat“ übernehmen sie konkrete Verpflichtungen mit dem Ziel, den Volkswirtschaftsplan 1959 bis zum 7. Oktober mit 80 Prozent zu erfüllen und damit die Voraussetzungen zu schaffen, ihn in allen seinen Teilen überzuerfüllen.

In diesem Zusammenhang wird nochmals in Ergänzung zu der bereits durch die Leiter der Fachabteilungen an die Hauptdirektoren der VVB gegebenen Anweisung darauf hingewiesen, daß der Kampf zur Sicherung der vollen Ausnutzung der Arbeitszeit seitens der Werkleitungen durch die breite Mitwirkung der Werktätigen zu organisieren ist und daß eine strenge Kontrolle über die richtige Verteilung des Jahresurlaubs auf das ganze Jahr sowie über die konsequente Einhaltung der entsprechenden Urlaubspläne ausgeübt wird.

Im Zusammenhang damit ist erforderlich, daß

1. die leitenden Wirtschaftskader, einschließlich der mittleren Leitungskader, ihren Jahresurlaub so festlegen, daß auf jeden Fall und zu jeder Zeit die straffe Leitung des Betriebs gesichert ist. Es muß verhindert werden, daß, wie im vergangenen Jahr,

teilweise bis zu 70 Prozent der leitenden Funktionäre in den Betrieben in den Monaten Juli/August ihren Urlaub nehmen. Die Hauptdirektoren der VVB und die Vorsitzenden der Wirtschaftsräte bei den Räten der Bezirke sind verpflichtet, hierüber eine strenge Kontrolle zu führen;

2. die VVB und Wirtschaftsräte bei den Räten der Bezirke eine ständige Kontrolle über die Einhaltung der Urlaubspläne in den Betrieben und der entsprechenden Verpflichtungen in den BKV durchführen;
3. die Werkleiter dafür sorgen, daß die Betriebsferienheime das ganze Jahr hindurch ihrem Zweck entsprechend durch Urlauber voll ausgelastet werden.

#### Gregor

1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission  
Der Leiter der Abt. Koordinierung der Planung der Arbeitskräfte der Staatlichen Plankommission

Macher  
Mitglied der Staatlichen Plankommission

### III. Anweisungen über die Gründung, Zusammenlegung (Angliederung) und Auflösung von volkseigenen Betrieben

1. Anweisung vom 23. 12. 1958 zur Gründung des VEB Hydraulische Geräte Tarthun.

#### § 1

Mit Wirkung vom 1. Januar 1959 wird der bisherige Betriebsteil Tarthun des der VVB Bergbauausrüstung und Förderanlagen\* Leipzig zugeordneten VEB Bergbaumaschinenfabrik Seehausen abgetrennt, zum selbständigen Betrieb erhoben und der VVB Dieselmotoren, Pumpen und Verdichter Halle zugeordnet.

#### § 2

Der neu errichtete Betrieb erhält die Bezeichnung „VEB Hydraulische Geräte Tarthun“. Sein Sitz ist Tarthun Kreis Stassfurt.

#### § 3

Der VEB Hydraulische Geräte Tarthun ist juristische Person im Sinne des § 1 der Verordnung vom 20. März 1952 über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 227).

#### § 4

Auf den Betrieb finden die Bestimmungen des Statuts vom 7. August 1952 der zentral geleiteten Betriebe der volkseigenen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik (Min. Bl. S. 137) Anwendung.

#### § 5

Die Planaufgaben des ausgegliederten Betriebsteils werden vom VEB Bergbaumaschinenfabrik Seehausen und der VVB Bergbauausrüstung und Förderanlagen an die VVB Dieselmotoren, Pumpen und Verdichter übergeben.

#### § 6

Der VEB Bergbaumaschinenfabrik Seehausen stellt für die Betriebe in Seehausen und Tarthun per 1. Januar 1959 Eröffnungsbilanzen auf.

#### § 7

Für den Betrieb gelten die tariflichen Bestimmungen für Schwermaschinenbau, Kategorie II.

#### § 8

Der VEB Hydraulische Geräte Tarthun, ist, soweit es sich um die wirtschaftliche Tätigkeit des früheren Betriebssteils Tarthun handelt, Rechtsnachfolger des VEB Bergbaumaschinenfabrik Seehausen.

#### § 9

Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft.

VVB Dieselmotoren,  
Pumpen und Verdichter  
Scholz  
Hauptdirektor

VVB Bergbauausrüstung  
und Förderanlagen  
Fuhlbrügge  
Hauptdirektor

### IV. Verschiedenes

1. Mitteilung der Technischen Bergbauinspektion der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. 1. 1959 über die Zulassung von Zündkreisprüfern (Ohmmeter).

Auf Grund von § 15 der Sprengmittelerlaubnisverordnung vom 30. 8. 1958 (GBl. I S. 711) werden unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs die von der Firma Schaffler & Co., Wien, gefertigten Zündkreisprüfer (Ohmmeter), Type DREOMIN, mit

- a) einem Meßbereich von 0 bis 10 000 Ohm,
- b) einem Meßbereich von 0 bis 1000 Ohm,
- c) einem Meßbereich von 0 bis 500 Ohm,

für die die Prüfbescheinigungen des Zentralinstituts Versuchsstrecke Freiberg

- a) Nr. Sp 76 vom 7. 12. 1958,
- b) Nr. Sp 77 vom 8. 12. 1958,
- c) Nr. Sp 78 vom 9. 12. 1958

vorgelegt wurden, zum Prüfen von Brückenzündern und für Widerstandsmessungen von Zündanlagen unter den nachstehenden Bedingungen zugelassen und im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern in die amtliche Sprengmittelliste aufgenommen.

#### Bedingungen:

1. Die in den Prüfbescheinigungen der Versuchsstrecke Freiberg
  - zu a) Nr. Sp 76 vom 7. 12. 1958,
  - zu b) Nr. Sp 77 vom 8. 12. 1958,
  - zu c) Nr. Sp 78 vom 9. 12. 1958
 sowie in den Zeichnungen festgelegten Angaben und elektrischen Verhältnisse müssen bei der Fertigung eingehalten werden.
2. Neben der Ohm-Skala ist eine gleichmäßig eingestellte Skala anzubringen.
3. Außer den vorhandenen Kennzeichnungen ist noch folgende Angabe am Gehäuse oder auf der Skala anzubringen:  
„Zündkreisprüfer für Sprengarbeiten über und unter Tage“.
4. Die äußere Gehäusewand des Zündkreisprüfers muß rot sein.
5. Vor der Auslieferung ist an jedem Zündkreisprüfer folgendes zu prüfen:
  - a) der ordnungsgemäße Zusammenbau,
  - b) die Meßgenauigkeit ( $\pm 1,5\%$  der Skalenlänge),
  - c) der Meßstrom ( $< 25$  mA),
  - d) die Durchschlagssicherheit zwischen Gehäuse und elektrischen Einbauten.
6. Für die Erhaltung der Brauchbarkeit und der Sicherheit bei der Verwendung der Zündkreisprüfer sind jedem Gerät folgende Anweisungen beizugeben:

a) Der zum Öffnen des Batterieraumes gehörige Spezialschlüssel muß sicher verwahrt werden, damit eine mißbräuchliche Benutzung der Stromquelle ausgeschlossen ist.

b) Als Stromquelle darf nur ein Stabelement mit 1,5 Volt Spannung (Hälfte einer normalen Stabatterie) verwendet werden.

c) Reparaturen an Zündkreisprüfern soll möglichst nur das Herstellerwerk ausführen.

d) Zündkreisprüfer, die von einer anderen Stelle als vom Herstellerwerk repariert wurden, dürfen nur dann verwendet werden, wenn von dem Zentralinstitut Versuchsstrecke Freiberg eine Bescheinigung über die Brauchbarkeit des reparierten Zündkreisprüfers vorliegt.

Für in Betrieb befindliche Zündkreisprüfer ist die Anweisung der Technischen Bergbauinspektion der Deutschen Demokratischen Republik über die Prüfung von Ohmmetern vom 14. Februar 1957 zu beachten.

Bundesvorstand des  
Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes  
Abt. Arbeitsschutz  
Wiehle  
Abteilungsleiter

Technische Bergbauinspektion  
der Deutschen Demokratischen Republik  
Weichelt  
komm. Leiter

Anmerkung: Zündkreisprüfer der TYPE DREOM wurden unter den gleichen Bedingungen durch die Anweisung TBI 39/59 vom 20. 1. 1959 zugelassen.

Anlage: Auszug aus der Anweisung über die Prüfung von Ohmmetern vom 14. 2. 1957:

Sämtliche in Betrieb befindlichen Zündkreisprüfer (Ohmmeter) sind in monatlichen Zeitabständen, auf jeden Fall vor der Ausgabe an den Schießberechtigten und nach jedem Einbau einer neuen Batterie, durch Kurzschluß über ein niederohmiges Milliampereometer durch einen Elektriker zu überprüfen.

Wird durch das Milliampereometer ein Kurzschlußstrom von über 25 mA gemessen, so ist das Gerät infolge Verringerung des Widerstandswerkes der eingebauten Vorschaltwiderstände als nicht mehr betriebssicher aus dem Betrieb zu ziehen.

Zeigt das Milliampereometer einen Kurzschlußstrom von weniger als 20 mA auf dem 500-Ohm-Meßbereich und weniger als 10 mA auf dem 10-Ohm-Meßbereich, so ist

die eingesetzte Batterie als verbraucht anzusehen und durch eine neue vor Ausgabe des Gerätes an den Schießberechtigten zu ersetzen.

Über die Überwachung der Zündkreisprüfer (Ohmmeter) sind Nachweise zu führen, aus denen die Dauer der Verwendung, die monatliche Überprüfung, der Wechsel der Batterie, die durchgeführten Messungen und besondere Vorkommnisse zu ersehen sind.

2. Mitteilung der Technischen Bergbauinspektion der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. 1. 1959 über die Zulassung einer Sprengschnur.

Auf Grund von § 15 der Sprengmittelerlaubnisverordnung vom 30. 8. 1956 (GBl. I, S. 711) wird auf Antrag des VEB Sprengstoffwerk II, Gnaschwitz-Doberschau, die in der Prüfbescheinigung des Zentralinstitutes Versuchsstrecke Freiberg Nr. Sp 75 vom 15. 10. 1958 näher gekennzeichnete Nitropenta-Sprengschnur „T“ für die Verwendung im Bergbau unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs zugelassen und im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern in die amtliche Sprengmittelliste aufgenommen.

Die Zulassung erstreckt sich nur auf Tagebaue und übertägige Sprengarbeiten. Die Verwendung im Untertage-Betrieb, insbesondere in Gruben, die durch brennbare Gase gefährdet sind, ist verboten. Folgende Bedingungen sind zu beachten:

1. Die Sprengschnur ist in Längen von höchstens 200 m auf feste Rollen gewickelt, zu liefern.
2. Anfang und Ende der Sprengschnur müssen abgeschlossen sein, um ein Herausrieseln von Nitropenta zu verhindern.
3. Der Markenfaden muß weiß sein.
4. Jede Rolle muß mit einem Zettel versehen sein, der folgende Angaben enthält:
  - a) Hersteller,
  - b) Bezeichnung,
  - c) Herstellungsdatum und
  - d) mittlere Detonationsgeschwindigkeit

Bundesvorstand des  
Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes  
Abt. Arbeitsschutz  
Wiehle  
Abteilungsleiter  
Technische Bergbauinspektion  
der Deutschen Demokratischen Republik  
Weichelt  
komm. Leiter